

Darum unterstützt die Schweiz den IWF-Beitritt Liechtensteins

Regierungschef Daniel Risch erklärte an der Presseclub-Veranstaltung, welche Rolle die SNB bei den IWF-Beitrittsverhandlungen spielt.

Vor zwei Wochen hat der Internationale Währungsfonds (IWF) einem Beitritt Liechtensteins grünes Licht gegeben. «Ob wir losfahren wollen, hat nun der Landtag zu entscheiden», sagte Regierungschef Daniel Risch zu Beginn der gestrigen Veranstaltung des Liechtensteiner Presseclubs (LPC). Mitte Mai werden die Landtagsabgeordneten darüber befinden, ob Liechtenstein als 191. Mitglied dem IWF beitreten soll. Die Regierung weibelt bereits seit längerer Zeit dafür, dass das Fürstentum Teil dieser UNO-Sonderorganisation wird. Und vor dem Hintergrund des anstehenden Landtagsentscheids erläuterte Regierungschef Risch im Rahmen der LPC-Veranstaltung, wie die bisherigen Beitrittsverhandlungen verliefen, welche weiteren Schritte noch anstehen – und was für Vorteile eine IWF-Mitgliedschaft dem Land bieten würde. Dabei betonte der Regierungschef auch, wie sehr Liechtenstein beim bisherigen Beitrittsprozess auf die Unterstützung der Schweiz zählen konnte.

Aber warum hat das Nachbarland ein Interesse daran, dass Liechtenstein dem IWF beitrifft?

Aus denselben Gründen, weshalb sich auch Liechtensteins Regierung um eine Mitgliedschaft bemüht, wie Regie-

rungschef Daniel Risch gestern ausführte.

«SNB hat uns geraten, wir sollen zum IWF gehen»

Um dies genauer zu erklären, lohnt sich einen Blick auf das Beben auf dem Schweizer Finanzplatz vor rund einem Jahr zurückzuwerfen: Per Notrecht verordnete der Bund im März 2023, dass die UBS die strauchelnde Credit Suisse übernimmt. Abgesichert wurde diese Fusion mit einer Milliarden-Liquiditätshilfe der Schweizer Nationalbank (SNB).

Sollte sich nun aber eine Bankenkrise in Liechtenstein ereignen, würde die SNB nicht mit Liquiditätshilfen einspringen, denn die hiesigen Banken sind aus Sicht des Frankenraums nicht systemrelevant. Gleichzeitig könnte aber Liechtensteins Staatskasse eine Bankenrettung nicht alleine stemmen: Zu gross sind die Bilanzsummen der Finanzinstitute. Was also tun? «Die SNB hat uns geraten, wir sollen doch zum IWF gehen», sagte Risch. Denn der Währungsfonds biete das, was Liechtenstein benötige: einen Kreditgeber der letzten Instanz. Oder wie es Risch formulierte: «Wir erhalten eine Versicherung, dass uns jemand Geld gibt, wenn wir es kurzfristig benötigen.» Und mit einem Beitritt Liechtensteins würde auch die Schweiz



Daniel Risch führte aus, weshalb ein IWF-Beitritt für Liechtenstein von Vorteil ist.

Bild: Nils Vollmar

einen neuen, engen Partner im Währungsfonds erhalten.

IWF-Quote würde bei SNB hinterlegt werden

Aus diesen Überlegungen heraus habe die SNB Liechtenstein bei den bisherigen Beitrittsverhandlungen «extrem unterstützt». Sollte sich der Landtag tatsächlich für die IWF-Mitgliedschaft entscheiden, würde Liechtenstein seine sogenannte

Quote bei der Schweizer Nationalbank hinterlegen.

Unter dieser Quote ist eine Art Anlage beim Währungsfonds zu verstehen, die Liechtenstein einbezahlen müsste. Die Höhe dieser Quote orientiert sich an der wirtschaftlichen Bedeutung des jeweiligen Mitgliedslandes. Für Liechtenstein wurde sie bei rund 120 Millionen Franken festgesetzt. Ein Viertel davon – rund 30 Millio-

nen Franken – müsste effektiv hinterlegt werden. Auf diese Gelder könne das Land aber jederzeit wieder zurückgreifen. Die hinterlegten Gelder werfen auch Zinsen ab: Aktuell liegt der Zinssatz bei 4,1 Prozent.

Die effektiven Kosten einer IWF-Mitgliedschaft belaufen sich gemäss Regierung auf etwa eine halbe Million Franken jährlich. Hier handle es sich aber um rein administrative Kosten, die

durch die Mitarbeit im Währungsfonds entstehen.

Angst vor «administrativem Monster» sei unbegründet

Zum Schluss der Veranstaltung wurde in einer Fragerunde noch auf geäusserte Bedenken eingegangen. So war etwa zu hören, dass die Kosten von einer halben Million Franken nur der Anfang seien. In den nächsten Jahren werde der Aufwand weiter wachsen und es drohe ein «administratives Monster». Dazu meinte Risch, dass für den IWF-Beitritt nur zwei neue Stellen geschaffen werden. Dass sich daraus eine Verwaltungsaufblähung ergeben könnte, halte er für unwahrscheinlich. Eine andere Sorge ist, dass man einem Club von hochverschuldeten Staaten beitrete und künftig für deren Finanzierung aufkommen müsse. Laut Risch ist diese Angst unbegründet: Es gebe keine Verpflichtung, verschuldeten Staaten unter die Arme zu greifen. Letztlich wurde noch auf die harschen Sparprogramme verwiesen, die der IWF verschuldeten Staaten auferlegt hat. Hierzu erklärte der Regierungschef, dass der IWF frühere Fehler eingeräumt habe. Und Amtskollegen aus Griechenland und Island hätten ihm gesagt, dass sie die Rolle des IWF geschätzt hätten, als sich ihre Länder in der Krise befanden. (equ)